

# «Konzentration zu einseitig»

Acht St. Galler Gemeinden stimmen dem Agglomerationsprogramm im Grundsatz zu, verlangen aber Nachbesserungen. Bis zur Realisierung von Wil-West müssten ihrer Meinung nach weitere Arbeitsplattzonen in der Region möglich sein.

**REGION.** «Die Gemeinden Bronschhofen, Jonschwil, Kirchberg, Lütisburg, Niederhelfenschwil, Oberbüren, Oberuzwil und Zuzwil anerkennen die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zukunftsbildes, mit welchem die Entwicklung von Siedlung und Verkehr in geordnete und zukunftsgerichtete Bahnen gelenkt werden soll. Die übergeordnete und gemeinsame Planung liegt auch im Interesse der Nicht-Zentrumsgemeinden, da damit die hohe Lebensqualität der Region sichergestellt werden kann», heisst es in einer gemeinsamen Stellungnahme. Gleich nach Start der Vernehmlassung haben sich die acht St. Galler Gemeinden zusammengesetzt. «Die beiden Zentrumsgemeinden Wil und Uzwil wurden bewusst nicht eingeladen», erklärt Stefan Frei, Gemeindepräsident von Jonschwil gegenüber der Wiler Zeitung. Die acht Gemeinden hätten ähnliche Interessen und sich auch aus arbeitsökonomischen Gründen zusammengesetzt. Gestern, am letzten Tag der Vernehmlassung, wurde die gemeinsame Stellungnahme in der Regio-Wil-Geschäftsstelle dem Präsidenten Lorenz Liechti übergeben.

## Vakuum überbrücken

Die Bildung eines Entwicklungsschwerpunktes Wil-West werde befürwortet. Um dem Agglomerationsprogramm als Ganzes zustimmen zu können, würden aber Nachbesserungen gefordert. Da die Realisierung von Wil-West noch mehrere Jahre dauere, werde eine starke Entwicklungsverlangsamung der Region in wirtschaftlicher Hinsicht erwartet. Es werde deshalb ein gross-



Bild: zVg.

**Die Stellungnahme der Gemeinden** wurde in der Geschäftsstelle der Regio Wil dem Präsidenten, Lorenz Liechti, übergeben (v.l.n.r.): Lorenz Liechti, Präsident Regio Wil; Stefan Frei, Jonschwil; Cornel Egger, Oberuzwil; Roland Hardegger, Zuzwil; Christoph Häne, Kirchberg; Lukas Keel, Niederhelfenschwil; Andrea Taverna, Oberbüren; Max Rohr, Bronschhofen.

zügigerer Umgang mit Arbeitsplattzonen bis zum Zeitpunkt der Realisierung von Wil-West postuliert. Das bis zur Realisierung von Wil-West entstehende «Vakuum» soll dort aufgefangen werden, wo Arbeitsplattzonen ohne wesentliche Verschlechterung der Gesamtverkehrssituation möglich sind. «Die Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieland ist grösser als das Angebot, auch wenn der Kanton das nicht so sieht», gibt Frei zu bedenken. Vom Grundsatz ausgehend, dass in der Nähe von Autobahnanschlüssen starke Entwicklungen möglich sein sollen, halten die Gemeinden im Raum Oberbüren einen weiteren Entwicklungsschwerpunkt – allerdings nicht in der gleichen Grösse

wie Wil-West – für zweckmässig. Frei sieht diese Möglichkeiten grundsätzlich auch in anderen Gemeinden. Dabei müssten jedoch die Verkehrskapazitäten im Auge behalten werden.

## Verdichtung und Einzonungen

Die Konzentration der Entwicklung auf die beiden Zentren Wil und Uzwil halten die Nicht-Zentrumsgemeinden für «zu einseitig». Insbesondere für Wohnbedürfnisse verlangen die suburbanen Gemeinden stärkere Entwicklungsmöglichkeiten. Dies entspreche dem Bevölkerungstrend der vergangenen 20 Jahre und dies werde auch für die kommenden Jahre weiterhin so sein. «Einverstanden sind wird damit,

dass zumindest ein Teil dieser Bevölkerungsentwicklung mit inneren Verdichtungen aufgefangen werden soll. Diese Verdichtungen müssen aber auf alle Dörfer und nicht nur auf die Zentren bezogen werden. Es werden deshalb auch punktuelle Einzonungen für das Wohnen niederer Dichte gefordert, da dies von mittleren und oberen Schichten nach wie vor stark nachgefragt wird», so die Gemeindevertreter. «Der Schweizer will weiter sein Einfamilienhaus. Bekommt er das nicht in unserer Region, sucht er anderswo», unterstreicht Frei.

## Halbstundentakt für Region

Beim öffentlichen Verkehr werde die allgemeine Stossrichtung

befürwortet. Bei den Kriterien für Einzonungen werde eine Maximaldistanz zur nächsten Haltestelle von 500 Metern statt nur 300 Metern gefordert.

Die Einteilung in Zentren mit künftigem Viertelstundentakt und in übrige Gebiete mit mehrheitlich künftigem Halbstundentakt halten die Gemeinden für zu starr und zu abrupt.

Der Verkehr soll nicht an den Gemeindegrenzen plötzlich anders verlaufen. Ein durchgehender Halbstundentakt müsse zuerst für die ganze Region eingeführt werden. Erst dann sei ein punktuelleres Ausweiten auf einen noch dichteren Takt in Gebieten mit grosser Nachfrage und grossem Potenzial sinnvoll. (pd./nas.)